

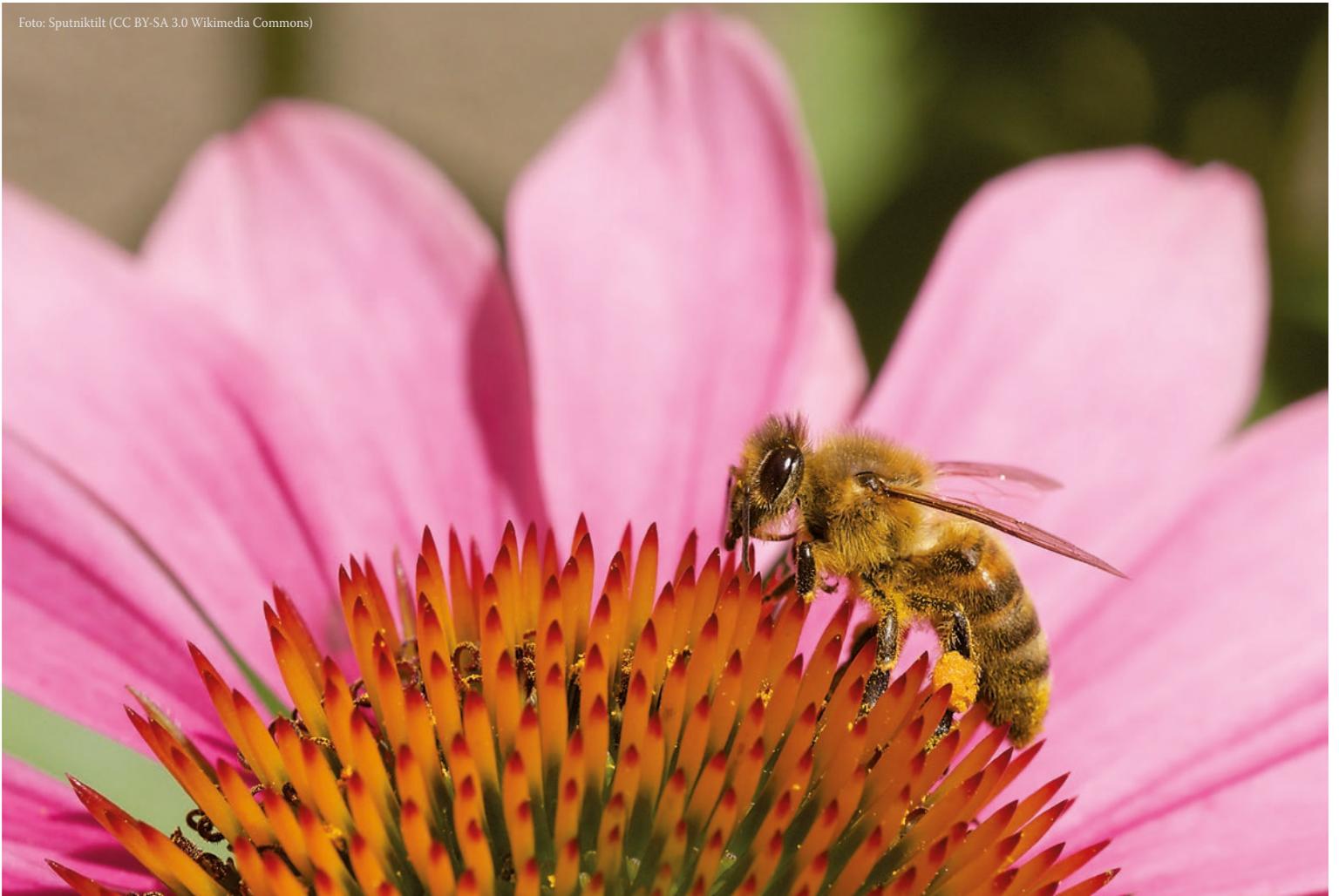


KPÖ-Sozialratgeber

RATGEBER FÜR DAS TÄGLICHE LEBEN

Seite 9

Foto: Sputniktilt (CC BY-SA 3.0 Wikimedia Commons)



1. MAI
2015
in Graz

DEMONSTRATION

1. Mai, Treffpunkt 10 Uhr, Südtirolerplatz. Demo zum Eisernen Tor.

Maifest ab 13 Uhr im Volkshaus Graz.

Claudia Klimt-Weithaler
 **KPÖ** Liste 5

Eine wichtige Stimme für Gerechtigkeit!





Mietrechts- und Sozialberatung der KPÖ in Gratwein-Strassengel für Graz-Umgebung mit Elke Kahr und Phillip Reiningger

Mittwoch, 13. Mai 2015, 17.00 Uhr, Marktcafe Gratwein -
Bäckerei Dietrich, Hauptplatz 2. Info: 0681/81877656



Öffis im Grazer Umland billiger machen

Die Zoneneinteilung des Verkehrsverbundes im Grazer Umland soll an die neuen Gemeindegrenzen angepasst werden.

In einigen der neuen Gemeinden – zum Beispiel in Gratwein-Strassengel – liegt ein Teil des Areals in der Kernzone Graz. Wenn jemand aber beispielsweise in Gratwein wohnt, muss diese Person Fahrkarten für zwei Zonen kaufen. Das wirkt sich bei der Jahreskarte besonders negativ aus.

Wir haben einen konkreten Vorschlag an den Verkehrsverbund, der auch leicht umsetzbar ist: Überall dort, wo durch die Gemeindegrenzen jetzt entstanden sind, die in 2 Zonen liegen, sollte die Zo-

neneinteilung an die neuen Gemeindegrenzen angepasst und in die Kernzone integriert werden. Und die betreffenden Gemeinden sollten ihren Bewohnern wie die Stadt Graz die Differenz zum Preis der verbilligten Jahreskarte (228 Euro) subventionieren. Dieser Vorschlag ist leicht umsetzbar und wäre ein Zwischenschritt zu einer

umfassenden Lösung des Problems des öffentlichen Verkehrs im Großraum Graz.

Es ist nicht einzusehen, dass sich der Verkehrsverbund in dieser Frage so unflexibel zeigt, während die Bewohner der Fusionsgemeinden gravierende Veränderungen auf fast allen Gebieten auf sich nehmen müssen.



Korruptions- bekämpfung im Straßenbau

Der steirische Landesrechnungshof hat überprüft, ob die Empfehlungen zur Korruptionsbekämpfung im Straßenbau durchgeführt werden. Wie aus dem Bericht hervorgeht, ist das Ressort in Verantwortung von FPÖ-Landesrat Kurzmann säumig und hat manche Maßnahmen nicht umgesetzt. KPÖ-Labg. Werner Murgg, Vorsitzendes des Kontrollausschusses: „Die Vorschläge wurden im Ressort von LR Kurzmann nur teilweise aufgegriffen. Im Sinne von Transparenz und der Bekämpfung von Korruption wäre es sinnvoll, die ausstehenden Maßnahmen noch in diesem Jahr umzusetzen.“



Landtagswahl 31. Mai 2015:

Erreichbar unter: 0316/877 5102
www.kpoe-steiermark.at



Claudia Klimt-Weithaler

Claudia Klimt-Weithaler



KPÖ

Liste 5

Stimme für Gerechtigkeit

Wucherzinsen: SPÖ-Pensionisten greifen KPÖ-Forderung auf



Hohe Überziehungszinsen sollten endlich amtlich begrenzt werden.

Es gibt immer mehr Stimmen in Österreich, die eine gesetzliche Obergrenze für die Überziehungszinsen der Banken fordern. Zuletzt hat sich der SPÖ-Pensionistenverband in diesem Sinne ausgesprochen. Auch die AK und der Gemeinderat der steirischen Landeshauptstadt Graz treten schon seit geraumer Zeit für diese Forderung ein. Als erste politische Kraft hatte die Grazer KPÖ auf diese Kostenfalle für Menschen mit geringem Einkommen hingewiesen.

Elke Kahr, KPÖ-Wohnungsstadträtin in Graz: „Trotz dieser breiten Bewegung reagieren SPÖ und ÖVP in der Bundesregierung in keiner Weise. Der Zinswucher bei Girokonten geht in Österreich geht weiter, während deutsche Banken bereits mit der Senkung

der Überziehungskonten für Girokonten werben.“

Wären sich die Banken zur Zeit faktisch gratis finanzieren können und die Spargbuchzinsen gegen Null tendieren, verlangen die Geldinstitute 13,25 % und mehr für Überziehungen auf Girokonten. Dem muss nach Auffassung der KPÖ ein Riegel vorgeschoben werden.

Es ist höchst an der Zeit, dass der Gesetzgeber regulierend eingreift und gegen Wucherzinsen und überhöhte Bankspesen bei Kontoüberziehungen vorgeht.

Die KPÖ plädiert seit Jahren für eine gesetzliche Begrenzung der Überziehungszinsen von Girokonten bei fünf Prozent über dem Zentralbanksatz (Leitzins) und hat bereits mehrere Initiativen in dieser Frage gesetzt.

Hypo-Schulden: Dr die Zahlungsun

Hypo-Haftungen kosten Land viel mehr, als zugegeben wird. Sind die „Reformpartner“ am Ende und ziehen deshalb die Landtagswahl auf 31. Mai vor?

Im vergangenen Dezember haben SPÖ und ÖVP im steirischen Landtag ein Budget beschlossen, das angeblich ohne Neuverschuldung auskommt. Finanziert wurde es durch massive Kürzungen auf dem Rücken der Bildung, der Gesundheit, von Menschen mit Behinderungen.

Nun wurde bekannt, dass das Land Steiermark der Zahlungen für die Pfandbriefstelle der Landes-Hypo in der Höhe von 145,8 Mio. Euro übernehmen muss. Für das Landesbudget bedeutete auf der Stelle eine Mehrbelastung von 77,4 Mio. Euro. Die Rechnung von Finanzlandsrätin Vollath, dass die Kosten von der Heta, vom Land

Kärnten oder der Hypo Steiermark bezahlt werden, ist reines Wunschdenken.

Zweifel an der Seriosität des Zahlenwerks kamen bald auf, da nach einer Umstellung der Buchführung eine Überprüfung der veranschlagten Beträge nicht mehr möglich war, wie auch der Landesrechnungshof kritisierte.

KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler: „Das viel bejubelte Budget von SPÖ und ÖVP wird nicht halten. Seit 2010 wurden 1,4 Milliarden Euro mehr ausgegeben als vorgesehen, die Budgets wurden immer überzogen. Zwischen dem Budgetbeschluss im Dezember 2014 und März 2015 haben



KPÖ-Politikerinnen und -Politiker sind anders: Sie treten für verantwortungsvollen Umgang mit öffentlichem Geld ein.

Der Überschuss aus überhöhten Polit-Einkommen wird für Menschen in Notlagen verwendet, die Verwendung des Geldes alljährlich offengelegt.

Von links nach rechts: Die KPÖ-Abgeordneten Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler; die Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

Schulden vergeben, Frieden halten!

Volksbegehren für den EU-Austritt
Eintragungswoche 24. Juni bis 1. Juli
Bitte unterschreiben Sie am Gemeindeamt



Es wird nicht reichen, die Akteure abzuwählen. Viele Maßnahmen müssen rückgängig gemacht werden.
KPÖ-LAbg. Werner Murgg

ohrt der Steiermark fähigkeit?

sich bereits so hohe Mehrkosten angehäuft, dass das ‚Budget ohne Neuverschuldung noch vor dem Herbst platzen wird. Das erklärt auch, warum Voves und Schützenhöfer ihr Heil in einer überstützten Neuwahl suchen.“

Zu den Hypo-Haftungen kommen Mehrkosten im Spitalswesen in Folge der neuen Arbeitszeitregelung, die laut Medienberichten 50 bis 70 Mio. Euro Mehrkosten bedeuten. Durch die Verteuerung von Frankenkrediten steigen die Schulden des Landes außerdem um mindestens 45 Mio. Euro – auch das wurde erst nach Budgetbeschluss bekannt. „Auf die Bevölkerung kommt nicht ein billiger Wahlkampf zu, sondern ein teures Kürzungspaket“, so die KPÖ-Abgeordnete.

Fass ohne Boden

Bis zu 18 Milliarden Euro sollte die österreichische Bevölkerung nach bisherigem Stand für die Wahrung der Interessen von Spekulanten und Gläubigern der Hypo Alpe Adria zahlen. Nun sind weitere Schulden von bis zu 8 Milliarden Euro aufgetaucht.

Ein Ende der Milliardenzahlungen aus Steuergeldern ist trotz der befristeten Schuldenstopp-Beruhigungstablette noch lange nicht abzusehen. Die Befriedigung der Ansprüche der Anleger hat für SPÖ und ÖVP Vorrang.



Denkzettel der Gemeindeinitiative

Gekürzt und gestrichen: ist das „Reform“?

- Seit 2011/2012 werden die Mittel für **Menschen mit Behinderung** drastisch gekürzt, genauso, wie jene in der **Jugendwohlfahrt**.
- Die Einführung von **Kindertengebühren** und des inzwischen wieder abgeschafften Regresses für Angehörige stellen eine starke Belastung für Familien dar.
- Die **Wohnbeihilfe** wurde 2011 gekürzt.
- Die **Zusammenlegung** von Gemeinden und Bezirken führte zum Verlust von Infrastruktur und Arbeitsplätzen.

Wir schauen nicht weg:

**40.000
steirische Kinder
leben in Armut**

Landtagswahl Steiermark 31.5.2015

Claudia Klimt-Weithaler

 **KPÖ** Liste 5





Schuldenschnitt für steirische Gemeinden!



Jahrzehntlang hat die Landesregierung den Gemeinden Lasten und Schulden aufgebürdet. Als sich zeigte, wie schlecht am Rücken der Gemeinden und der Menschen gewirtschaftet wurde hieß es: Um zu „sparen“ werden Gemeinden zugesperrt. Über 235 Gemeindeämter mit all ihren wirtschaftlichen Kompetenzen wurden am 1. Jänner geschlossen. Ein schwerer Schlag für die öffentliche Wirtschaft und was daran hängt. Die KPÖ meint: Nur eine florierende öffentliche Wirtschaft kann wieder Arbeit schaffen und zum Wohl der Menschen da sein.



KPÖ für Maßnahmen gegen Armut und Arbeitslosigkeit

In der Steiermark ist die Mindestsicherung für alle Betroffenen niedriger als die bis 2011 ausbezahlte Sozialhilfe. Und das, obwohl ein „Verschlechterungsverbot“ ausdrücklich vorgesehen war. Sie liegt deutlich unter der offiziellen Armutsgrenze (ca. 1100 Euro).

Die KPÖ setzt sich im Landtag

dafür ein, bei der Neufassung des Mindestsicherungsgesetzes endlich die Verschlechterungen zurückzunehmen und aktive Maßnahmen gegen die steigende Armut in unserem Bundesland zu setzen. 156.000 Steirerinnen und Steirer lebten 2014 an oder unter der Armutsgrenze.

SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!

INFO TEL. 0316 / 877 5102

www.mindestsicherungsrechner.at



Stimme für **Gerechtigkeit**
Claudia Klimt-Weithaler



1. MAI 2015 DEMONSTRATION



GRAZ, 10:00 ab Südtirolerplatz -> Eisernes Tor

Stimme für Gerechtigkeit Arbeit. Frieden. Freiheit

Erreichbar unter: 0316/877 5102
www.kpoe-steiermark.at
f Claudia Klimt-Weithaler

Claudia Klimt-Weithaler

 **KPO** Liste 5



MAIFEST


VOLKSHAUSGRAZ
Lagergasse 98a

Eintritt frei • internationale Küche • bei jedem Wetter

www.volkshaus-graz.at



- 13:00 **Original Union Bar**
- 15:00 **Global Etno Partizani**
- 18:00 **Just Friends and Lovers**
- 20:00 **Roy de Roy**

KONZERT: PeterLicht

Mi. 13. Mai, 20:00 Uhr, Volkshaus Graz, Lagergasse 98a

PeterLicht präsentiert sein neues Live-Doppelalbum „Lob der Realität“

Mit dem brandneuen Live-Doppelalbum „Lob der Realität“ im Gepäck kommt einer der außergewöhnlichsten deutschsprachigen Künstler zwischen Literatur und Indie-Pop ins Volkshaus Graz. Mit seinem Lied vom Sonnendeck landete PeterLicht 2001 den Underground-Sommerhit. 2006 sorgte er mit seinen „Liedern vom Ende des Kapitalismus“ für Furore. Nun gibt es das neue PeterLicht, Live-Album.

Einlass: 20:00 Uhr /// Beginn 21:00 Uhr

VVK: € 19.- /// AK: € 23.-

Karten sind über Ö-Ticket und im Zentralkartenbüro erhältlich.

KPO
BILDUNGSVEREIN

